

Regierungsratsbeschluss

vom 14. August 2006

Nr. 2006/1471

Krankenversicherung: Genehmigung des Vertrages zwischen santésuisse und der Klinik Pallas AG, Olten, betreffend der Vergütung der stationären Behandlung von Patienten im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

1. Ausgangslage

Zwischen der Klinik Pallas AG und santésuisse Aargau-Solothurn konnte ein Vertrag betreffend der Vergütung der stationären Behandlung von Patienten im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung abgeschlossen werden. Dieser Vertrag bedarf der Genehmigung durch den Regierungsrat (Art. 46 Abs. 4 KVG).

2. Erwägungen

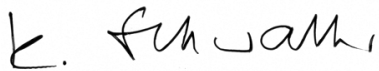
Die Genehmigungsbehörde hat zu prüfen, ob der Tarifvertrag mit dem Krankenversicherungsgesetz und dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Billigkeit in Einklang steht (Art. 46 Abs. 4 KVG). Da die Tarifiermittlung auf dem gesamtschweizerisch anerkannten Tarifmodell von santésuisse erfolgt ist und die neuen Tarife einvernehmlich zwischen santésuisse und der Klinik Pallas AG festgelegt werden konnten, liegt weder eine Verletzung des Wirtschaftlichkeits- noch des Billigkeitsgebotes vor.

3. Stellungnahme der Preisüberwachung

Die Preisüberwachung hat mit Schreiben vom 28. Februar 2006 auf die Abgabe einer Empfehlung verzichtet.

4. Beschluss

- 4.1 Der Vertrag zwischen der Klinik Pallas AG und santésuisse Aargau-Solothurn betreffend der Vergütung der stationären Behandlung von Patienten im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung mit Gültigkeit ab 1. Januar 2006 wird genehmigt.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innert 30 Tagen seit der Zustellung schriftlich und begründet Beschwerde beim Bundesrat, Bundeshaus, 3003 Bern, erhoben werden.

Verteiler

Departement des Innern, Amt für soziale Sicherheit (5); Ablage
Klinik Pallas AG, Louis Giroud-Str. 20, 4600 Olten
santésuisse Aargau-Solothurn, Bruggerstrasse 46, Postfach 1949, 5401 Baden
Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, Preisüberwachung, Effingerstrasse 27, 3003 Bern
GDK, Amthausgasse 22, Postfach 684, 3000 Bern 7
Amtsblatt: Publikation Ziffer 4 und Rechtsmittelbelehrung